

Haushaltsrede SPD-Fraktion
Stellv. Fraktionsvorsitzende Birgit Kömpel
Debatte zum Haushalt 2023 des Landkreises Fulda
Sitzung des Kreistages am 13.02.2023 in Künzell
(Es gilt das gesprochene Wort.)

[„Wo sind die Zukunftsideen?“]

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Herr Landrat Woide,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor einem Jahr war unsere Welt noch eine andere. Dann hat Russland im Februar die Ukraine in einem brutalen Angriffskrieg überfallen. Wir haben Krieg mitten in Europa. Über viele Jahre hinweg ein Gedanke, der uns fremd und unvorstellbar war. Und wir spüren die Folgen des Krieges auch hier bei uns – und eben nicht nur in Form der täglichen Schreckensbilder in den Nachrichten.

Die Preise steigen und wir wussten lange nicht, ob unser Gas für den Winter reichen wird. Der Krieg stellt uns vor gewaltige

Herausforderungen. Und die übrigen Herausforderungen sind ja auch noch da. Wir stehen nicht vor einer großen Krise, sondern vor so vielen wie noch nie: Ukraine-Krieg, Energiekrise, Preiskrise, Klimakrise und immer noch Corona-Krise.

Natürlich sind viele Menschen verunsichert, manche fühlen sich ohnmächtig, und einige verlieren das Vertrauen: in die Politik, in die Gesellschaft, in unsere Demokratie. Wir müssen lange zurückschauen, um so viel Verunsicherung in so vielen Bereichen unserer Gesellschaft zu finden.

Demgegenüber steht in Deutschland aber nach wie vor eine stabile Demokratie – ein Staat, der natürlich nicht alle negativen Einflüsse ausgleichen kann, aber der mit umfangreichen Hilfsprogrammen die schlimmsten Auswirkungen der Krisen der letzten Jahre ausgeglichen hat – und das auf allen staatlichen Ebenen: Bund, Länder und Kommunen.

Würdigung der Haushaltsrede des Landrats

Der Landrat hat in seiner Haushaltsrede in diesem Zusammenhang die Grenzen der staatlichen Leistungsfähigkeit angesprochen – und selbstverständlich ja, diese Grenzen gibt

es! Und in jedem System gibt es auch einig wenige Menschen, die dieses ausnutzen, keine Frage. Und ja, neben Rechten gibt es in unserer Gesellschaft auch Pflichten.

Und dennoch: mit Begriffen wie „Versicherungsinstitution“ im Zusammenhang mit dem Staat wäre ich dann doch etwas vorsichtig.

Im letzten Jahr waren 45,6 Mio. Menschen in einer Beschäftigung – Rekord! Noch nie haben in Deutschland so viele Menschen gearbeitet wie im letzten Jahr und eben nicht in der so oft zitierten „Hängematte“ gelegen.

Wissenschaftler nennen die „3 D“ als die Herausforderungen der nächsten Jahre: De-Globalisierung, Dekarbonisierung und Demografie.

In den nächsten 10-Jahren gehen Millionen „Babyboomer“ in den wohl verdienten Ruhestand, bis 2030 etwa 5 Mio. Beschäftigte. Hierfür braucht es einen Ausgleich.

In den letzten Jahren ist der Sockel der Arbeitslosigkeit stetig abgebaut worden und die Quote derjenigen, die am Arbeitsmarkt teilnehmen, ist gestiegen.

Übrigens: entgegen so vieler Meldungen, und hier sei auch die unsägliche Debatte über die Rente mit 63 nochmals erwähnt, arbeiten die über 60-jährigen heute häufiger als noch vor 10 Jahren – nämlich etwa zu 2/3.¹

All das wäre sicherlich nicht so gekommen, wenn die Menschen in diesem Land sich überwiegend auf die von Ihnen angesprochene „Versicherung“ gestützt hätten.

Und dann sprachen Sie noch von „eigenständigen Persönlichkeiten“, was sich ein Stück weit so anhörte, dass sich jeder um sich selbst kümmern muss. Das ist für die meisten Menschen in unserem Land – zum Glück – auch kein Problem – aber es gibt eben auch die, die den Staat ein Stück weit mehr brauchen als andere. Vor diesem Hintergrund ging auch die teilweise polemische Diskussion um das Bürgergeld am Thema vorbei, weil es dabei eben nicht nur um Leistungsbezug geht, sondern eben auch um die notwendige Qualifizierung von Menschen ohne Berufs- und/oder Schulabschluss. Zumindest einen Teil dieses Potentials müssen wir heben, denn wir brauchen es in den nächsten Jahren dringend auf unserem Arbeitsmarkt.

¹ Quelle: IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Und ganz klar – wir brauchen Zuwanderung von Fachkräften bzw. potenziellen Fachkräften – und zwar von mind. 400.000 Menschen pro Jahr – das sagen uns alle Fachleute.

Von daher müssen wir die Menschen, die in unser Land gekommen sind und kommen, auch als Chance sehen.

Gerade die Chancen kamen mir in diesem Zusammenhang in ihrer Rede zu wenig vor, wenn ausschließlich von Aufwand und Kosten der Unterbringung gesprochen wird.

Grundlegende Bemerkungen zum Haushalt

Der Ergebnishaushalt erreicht erneut einen Höchstwert mit einem Volumen von 437,8 Mio. EUR.

Einnahmenseite

Auf der Einnahmenseite steigen die Umlagegrundlagen kräftig, was bedeutet, dass auch die Einnahmen der Kreisumlage selbst bei einem unveränderten Hebesatz deutlich steigen (10,5 Mio. EUR mehr ggü. 2022), was im Gegenzug bedeutet, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden deutlich mehr Geld an den Landkreis überweisen müssen als bisher.

Unsere Haltung zur Kreisumlage und zum Kreisausgleichsstock ist bekannt und hat sich nicht geändert: Bei der Kreisumlage sehen wir – trotz veränderter Haushaltslage – Spielraum für eine Senkung und den Kreisausgleichsstock halten wir, insbesondere durch die Ausweitung auf nicht als finanzschwach eingestufte Gemeinden, in seiner ursprünglichen Funktion mittlerweile für überdehnt.

Ausgabenseite

Die Volumensteigerung auf der Ausgabenseite ist weitgehend den Pflichtaufgaben geschuldet. Die Umsetzung des Bürgergelds und des Wohngelds Plus sind im Haushalt entsprechend abgebildet.

Haushaltsausgleich

Der Haushalt 2023 ist in der Planung zwar zum dritten Mal in Folge defizitär, der Haushaltsausgleich wird aber unter Einbeziehung der Vorjahre erreicht. Das Haushaltsjahr 2021 hat im Ergebnis positiv abgeschlossen, für das Haushaltsjahr 2022 wird von einer „schwarzen Null“ ausgegangen. Auch wenn

man bei den vorliegenden Planzahlen für 2023 nicht noch einmal mit einem positiven Abschluss rechnen kann, ist die Lage zwar schwieriger geworden, aber dennoch bietet der Haushalt hinreichende Spielräume für aktives Handeln.

Landesentwicklungsplan

Die negativen finanziellen Auswirkungen des geänderten Landesentwicklungsplans mit ihrer Wirkung auf den KFA werden in diesem Haushalt erstmals wirksam. Neben dem Landkreis sind die Gemeinden Künzell, Petersberg, Eichenzell, Neuhof, Flieden und die Stadt Fulda betroffen. Herr Landrat, Sie haben zurecht darauf hingewiesen, dass der Landkreis sogar doppelt betroffen ist: einmal über geringere Schlüsselzuweisungen und einmal über geringere Einnahmen aus der Kreis- und Schulumlage der betroffenen kreisangehörigen Kommunen. In diesem Jahr sind es in Summe 4 Mio. EUR weniger, in den nächsten Jahren dann noch mehr. Wenn das Land seine vage geäußerte Drohung wahr macht und aufgrund der Klageeinreichung die zugesagten Ausgleichszahlungen kappt oder ganz streicht, werden die Einbußen noch größer werden bzw. früher kommen. Das Verhalten der Landesregierung,

eine solche Drohung auch nur anzudeuten, ist ein unglaublicher Vorgang – auch wenn es in der Antwort auf ein Auskunftersuchen der Landtagsabgeordneten Sabine Waschke nun anders dargestellt wird. Wir hoffen, dass die beim VGH eingereichte Klage Erfolg haben wird – schlimm genug ist aber, dass sie überhaupt notwendig geworden ist!

Beamtenversorgung

Die unsägliche Diskussion um die Zentralisierung der Beamtenversorgung passt übrigens in die gleiche Reihe.

LWV-Umlage

Die LWV-Umlage steigt zwar auf 49,6 Mio. EUR, relativ sinkt sie aber auf 10,836% gegenüber dem Vorjahr.

Schülerbeförderung

Trotz zwischenzeitlich vorgenommener Verbesserungen in der Schülerbeförderung bleibt das Thema für uns weiterhin auf der Tagesordnung – ebenso wie für viele Schüler:innen und Eltern.

Finanzhaushalt/Investitionen

Der Finanzhaushalt hat ein investives Volumen von 66,6 Mio. EUR. nach 80,7 Mio. EUR im Vorjahr. Die Schwerpunkte liegen dabei weiterhin im Schulbau, bei der Umsetzung des Digitalpakts und im Breitbandausbau. Das sind alles gute und wichtige Projekte, die zu einem hohen Anteil kofinanziert sind. Die Umsetzung wird im Hinblick auf die Auslastung vieler Firmen und teilweiser deutlicher Kostensteigerungen in vielen Bereichen zu einer Herausforderung werden.

Klinikum Fulda

Zu einem für die Region wichtigen Punkt haben wir in der Haushaltsrede nichts gehört und finden erstmal auch nichts im Haushalt: dem Klinikum Fulda.

Mit dem Haushaltsjahr 2022 ist die letzte Rate des über 10 Jahre verteilten Investitionszuschusses von insgesamt 5 Mio. EUR aus dem Kreishaushalt an das Klinikum geflossen – eine freiwillige Leistung, ebenso wie die im letzten Jahr zur Stabilisierung des Eigenkapitals dem Klinikum zur Verfügung gestellt-

ten 10 Mio. EUR. Es stellt sich die Frage, wie geht es jetzt weiter? Wir stehen vor einer großen Krankenhausreform und wir haben die über viele Jahre mangelhafte Investitionsfinanzierung des Landes Hessen. Und wir haben eben auch die Situation, dass die alleinige Trägerschaft der Stadt Fulda auf Dauer nicht tragfähig sein wird. Wir sind weiterhin klar für eine Beteiligung des Landkreises am Klinikum.

Wir haben heute einen Antrag der Mehrheitsfraktionen und Änderungsanträge und werden dann später noch umfassend zu diesem Thema diskutieren. Ich darf an dieser Stelle aber schon einen Punkt ansprechen: Es kann doch nicht sein, dass wir als gewählte Abgeordnete das vorliegende Strukturgutachten nur unter Aufsicht eines Mitarbeiters lesen dürfen – es muss doch bei so einem wichtigen Thema Transparenz hergestellt werden, bevor man über weitere Finanzhilfen überhaupt sprechen kann.

Wohnungsbau

Beim Wohnungsbau passiert auch weiterhin zu wenig. Wir erreichen den notwendigen Zubau von Wohnraum nicht: in Deutschland nicht, in Hessen nicht, im Landkreis nicht. Es mag

im Landkreis einige medienwirksam präsentierte Leuchtturmprojekte im Bereich des sozialen Wohnungsbaus geben – das ist aber alles ein Tropfen auf den heißen Stein.

Da wir wissen, dass das für die Mehrheitsfraktionen kein wichtiges Thema ist – zumindest kein Thema, bei dem der Landkreis aus ihrer Sicht eine aktive Rolle spielen sollte, sparen wir uns dieses Jahr einen Antrag zu diesem Thema – obwohl es ein brennendes Thema ist und bleibt. Das bestätigt uns auch die Liga der freien Wohlfahrtspflege immer wieder.

Klimaschutz

Beim wichtigen Thema Klimaschutz geht es auf der Ebene des Landkreises aus unserer Sicht nicht entschlossen genug voran – eine eigene Produktgruppe im Haushalt allein bringt uns keinen Schritt weiter.

Tourismus

Im Bereich der Tourismusförderung bzw. der Rhön GmbH werden die Ansätze erhöht bzw. die Beiträge der Mitglieder (erhöht). Wenn damit neue Impulse gesetzt werden sollen,

finden wir das gut und richtig. Ja, es gibt auch einige Dinge im Haushalt, die wir gut finden!

Kreisstraßenbau

Für den Kreisstraßenbau sind im Haushalt rund 12 Mio. EUR veranschlagt. Einerseits ist es sicher richtig, dass wir unsere Kreisstraßen in einem guten Zustand halten, andererseits sind es aber überall eher die Landesstraßen, bei denen der Sanierungsstau auffällig ist. Wir müssen uns daher auch einmal fragen, ob wir nicht eher mehr Mittel für einen zukunftsfähigen ÖPNV zur Verfügung stellen, um endlich wegzukommen, von der sternförmigen Ausrichtung von Linien und der immer selben Fahrplanstruktur.

Gegen die 12 Mio. EUR sind die 1 Mio. EUR zur Unterstützung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden beim Ausbau von Radwegen im Rahmen der Kreiskonzeption zwar ein richtiger Schritt. Allerdings ist davon auszugehen, dass viele Gemeinden mit der Unterhaltung entstehender Radwege finanziell sehr gefordert sein werden, hier muss also weiter gedacht werden als das bisher der Fall ist.

Gesamtwürdigung des Haushalts

Insgesamt bildet der Haushalt 2023 alle Pflichtaufgaben des Landkreises ab, im Finanzhaushalt werden die erfreulichen Investitionen in Schulen und Breitbandausbau fortgesetzt. Dennoch ist der Haushalt aus unserer Sicht zu kurz gesprungen. Uns fehlen weiterhin wichtige Weichenstellungen, z.B. in Richtung von Klimaschutz, einem modern ausgerichteten ÖPNV und Wohnungsbau.

Abschluss

Gestatten Sie mir zum Abschluss noch eine Bemerkung zu einem Pressebericht in der FZ (vom 11.01.2023) unter dem Stichwort „Kreistagsabgeordnete und die Übermacht der Verwaltung“ zur ersten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Die Kernaussage war, dass die Verwaltungsmitarbeiter über ein viel größeres Wissen über den Haushalt haben, als wir Kreistagsabgeordnete, die die Beschlüsse fassen und verantworten müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: ich denke, wir haben alle den Anspruch, unsere Aufgabe als Kreistagsmitglieder gewissenhaft zu machen – auch wenn das manchmal zwischen Ehrenamt und Profession ist.

Während der Haushaltsberatungen werden unsere Fragen, in der Regel umfassend beantwortet. Insgesamt würde ich mir aber häufig mehr Transparenz und Wertschätzung für unsere Arbeit wünschen. Hierauf hat bereits die Kollegin von den Grünen hingewiesen. Wenn wir beispielsweise über Angelegenheiten, die in der Kompetenz des Kreistags liegen, häufig zuerst in der Zeitung lesen, dann ist das das Gegenteil von Wertschätzung!

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung möchte ich im Namen meiner Fraktion unseren Dank für die geleistete Arbeit aussprechen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Anträge werden einzeln eingebracht, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.